

50 Jahre Parlamentsstadt Adliswil

Wie der Grosse Gemeinderat entstand



Wolfgang Liedtke

Adliswil 2024

Erläuterung zum Bild auf der Titelseite: Konstituierende Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil am 22. März 1974 im Sunne-Saal. Zu erkennen sind am oberen Bildrand der Präsidiumstisch mit (von links) dem 2. Vizepräsidenten Paul Eberhard (BGB), dem 1. Vizepräsidenten Dr. Klaus Froesch (FdP), dem Präsidenten Prof. Hans Peter (SP) sowie dem 1. Sekretär Johannes Huber (Verwaltung) und dem 2. Sekretär Jürg Bach (EVP). In der Reihe davor der Stadtrat (von links: Christa Arnet (FdP), Eric Wanner (FdP), Otto Achermann (SP), Ernst Blatti (FdP), Hermann Hauser (CVP), Oskar Rüttimann (SVP/BGB), Carlo Broggi (SVP/BGB), Anton Bach (EVP). *[Fotografie von Jaques Ritz, StAA]*

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Adliswil im Wandel	5
Stärkere Einbindung der politischen Parteien	7
Missachtung von Gemeindeversammlung und Stimmvolk	7
Das Ringen um eine neue Gemeindeordnung	9
Bevölkerungszunahme und Frauenstimmrecht	10
«Tut um Gottes Willen etwas Tapferes»	13
Wahlfronten	14
Der Grosse Gemeinderat konstituiert sich	17
Anmerkungen	20
Verzeichnis der Abkürzungen	22
Quellen	23

Einleitung

Gemeindeversammlungen entstanden in der Schweiz zwar bereits im Hochmittelalter, die heutige Form der Gemeindeversammlungen ist jedoch ein Kind der Mediationszeit, also der Jahre 1803 bis 1813. 1874 garantierte die Bundesverfassung das allgemeine Stimmrecht für Männer auf kommunaler Ebene. Gemäss Andreas Ladner ist die Versammlung von Bürgerinnen und Bürgern auf kommunaler Ebene, an der selbständig und gesetzgeberisch entschieden wird, weltweit nahezu einzigartig¹. Eine wichtige Voraussetzung für die Ablösung der direkten Demokratie mit Gemeindeversammlung durch ein Gemeindeparlament war das Proporzwahlrecht, das im Kanton Zürich erst 1916 eingeführt wurde.

Das Zürcher Gemeindegesetz von 1926 stellte den Gemeinden frei, wie sie die politische Mitwirkung der Stimmberechtigten organisieren. Nur für die Städte Zürich und Winterthur war ein Parlament vorgeschrieben. Gemeinden ab 2000 Einwohnern wurde ermöglicht, die Gemeindeversammlung aufzuheben und sich eine ausserordentliche Gemeindeorganisation mit Parlament zu geben². Die Bezeichnung «ausserordentliche Gemeindeorganisation» deutet darauf hin, dass der Gesetzgeber die Gemeindeversammlung als den Regelfall ansah. So befinden sich unter den 160 Zürcher Gemeinden (Stand Anfang 2023) nur dreizehn Parlamentsgemeinden. Von den 30 Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern haben siebzehn noch eine Gemeindeversammlung. In den Kantonen Neuenburg und Genf hingegen verfügt jede Gemeinde über ein Parlament. In Obwalden, Nidwalden, Uri, Schwyz, Glarus und Appenzell-Innerrhoden gibt es keine Gemeinden mit Parlament³.

Überhaupt ist der Anteil der Parlamentsgemeinden in den Westschweizer Kantonen und im Tessin deutlich grösser als in der Deutschschweiz. Während man hier das radikaldemokratische Modell der Gemeindeversammlung bevorzugt, wendet man sich dort der Errungenschaft der Helvetischen Republik zu: dem Parlament.

Dreizehn Parlamentsgemeinden im Kanton Zürich – trotz der starken Verstädterung vor allem um Zürich und Winterthur herum tut man sich schwer bei der Abkehr von der radikaldemokratischen hin zur repräsentativen Form der politischen Mitwirkung. Wetzikon benötigte fünf erfolglose Versuche in über 80 Jahren, bevor es 2012 ein Parlament einführte. Thalwil hat seit 2007 drei vergebliche Versuche zur Parlamentseinführung hinter sich⁴. In Opfikon-Glattbrugg (1982), Bülach und Schlieren (beide 2003) sind Versuche zur Abschaffung der Parlamente gescheitert⁵.

Und in Adliswil? Auch hier gab es mehrere vergebliche Anläufe, bis 1973 eine neue Gemeindeordnung mit ausserordentlicher Gemeindeorganisation, also mit einem Grossen Gemeinderat, angenommen wurde⁶. Versuche, diese Entscheidung rückgängig zu machen, hat es nicht gegeben.

Für die Darstellung historischer Ereignisse existieren in der Regel Grenzen, welche durch die Verfügbarkeit schriftlicher Quellen und noch lebender Zeitzeugen gesetzt werden. Zu den Gemeinderatsitzungen und Gemeindeversammlungen existieren Protokolle und häufig auch Berichte des *Sihltaler*. Hinsichtlich der politischen Parteien und ihrem Parteienkonvent sieht die Situation schwieriger aus. Die nachfolgende Darstellung ist – wie alle Geschichtsschreibung – eine grösstmögliche Annäherung an die tatsächlichen Ereignisse. Es gibt sicherlich Lücken in der Darstellung, eventuell auch Falschinterpretationen wegen dürtiger Quellenlage. Im Grossen und Ganzen hat sich der Prozess hin zur Parlamentsstadt aber so zugetragen wie nachfolgend beschrieben.

Adliswil im Wandel

In den 1920er Jahren, als das neue kantonale Gemeindegesetz verabschiedet wurde, zählte Adliswil ungefähr 5000 Einwohner. Ende der vierziger Jahre waren es ca. 6400. Das Dorf war überschaubar und eine Gemeindeversammlung erschien als eine gute Form der politischen Kontrolle der Gemeindeorgane durch die Bevölkerung, zumal ja nur die männliche Hälfte der erwachsenen Bevölkerung stimmberechtigt war. Vorberaten wurden die Geschäfte der Gemeindeversammlung im Parteienkonvent, in den jede Ortspartei, welche zum Konvent zugelassen war, zwei Delegierte entsandte.⁷

Ab Ende der vierziger Jahre setzte in Adliswil eine starke Bautätigkeit ein. Wegen Materialmangel war während des Zweiten Weltkriegs kaum neuer Wohnraum geschaffen worden, es gab Nachholbedarf. Adliswil besass wegen der guten Anbindung mit der Sihltalbahn eine gewisse Attraktivität für Zürcher Familien, die gerne im Grünen wohnen wollten. 1948 wurden von der Adliswiler Wohngenossenschaft *Heimet* Wohnhäuser an der Tiefackerstrasse und 27 Einfamilienhäuser im neuen Büni-Quartier fertiggestellt. Ein deutliches Zeichen für den Bevölkerungsanstieg war 1949 die Eröffnung des neuen Schulhauses auf der Kronenwiese, des bisher grössten Schulhauses in Adliswil.

Auch im alten Dorfzentrum wurde in den folgenden Jahren der Wandel sichtbar. Die Dorfstrasse (heute Albisstrasse) musste verbreitert werden, damit sich Autos begegnen konnten. Die Folge war der Abriss vieler alter Gebäude – unter anderem des Gasthofs «Zum Adler». Gegenüber wurde das Sunne-Gelände neugestaltet und das *Türmlischulhaus* wurde abgerissen.

Das Wachstum der Gemeinde erforderte den Ausbau von Infrastruktur wie Strassen, Versorgungsleitungen, Schulhäuser – mehrheitlich politische Geschäfte, welche von den Gemeindeversammlungen beschlossen werden mussten. Vom 11. März bis zum 6. April 1971 fanden beispielweise fünf Gemeindeversammlungen mit einer Gesamtdauer von 13 Stunden statt, um einen neuen Bebauungsplan mit neuer Bauordnung und neuem Zonenplan, Richtplänen und Teilbauordnungen sowie Strassenbau-geschäften zu behandeln⁸. In vielen Jahren genügten jedoch vier Gemeindeversammlungen.

Bereits im September 1959 reichte der Adliswiler Nationalrat Dr. Hans Oprecht für die Sozialdemokratische Partei (SP) eine Motion ein, welche den Gemeinderat einlud, die Einführung eines Gemeindeparlaments zu prüfen⁹. In der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 1959 begründete Oprecht sein Anliegen damit, dass die Gemeindeversammlungen des Jahres 1958 von nur drei bis fünf Prozent der Stimmberechtigten besucht worden waren. Gewisse Anliegen könnten zudem wegen ihrer Komplexität in einer Gemeindeversammlung nicht mehr behandelt werden. Ihre Beleuchtung und Prüfung finde nur noch im Gemeinderat statt. Seiner Ansicht nach seien die politischen Parteien besser für die Beurteilung der Gemeindegeschäfte geeignet. Ein Grosser Gemeinderat würde den Parteien ein grösseres Gewicht geben. Zufallsbeschlüsse durch Interessengruppen, wie sie bei Gemeindeversammlungen immer wieder vorkämen, würden ausgeschaltet.

Aber Oprecht und seine Partei hatten es offenbar versäumt, vor der Gemeindeversammlung bei den anderen Parteien für ihr Anliegen um Unterstützung zu werben. Voten von Vertretern der FP, VFW, EVP, BGB, CSP und CVP lehnten die Motion Oprecht ab. Karl Hotz (BGB) erwiderte auf den Hinweis des Motionärs über die geringe Teilnahme an den Gemeindeversammlungen, dann müsse man auch den Nationalrat

abschaffen. Der Freisinnige Urs Parpan behauptete, Grund für die Motion sei der Verlust eines SP-Sitzes im Gemeinderat bei den letzten Wahlen 1958. Die Votanten der SP (Ernst von Ins, Leo Baumgartner und Karl Härtsch) verwiesen darauf, dass die wenigen Anwesenden auf den Gemeindeversammlungen nicht mehr den Willen der Stimmbürger verkörpern könnten. Die Stimmbürgerschaft würde auch zu häufig aufgeboten und müsste dabei zu Geschäften Stellung nehmen, zu denen sie keine Beziehung hätten. Aus diesem Grunde regierten der Gemeinderat und die Verwaltung über die Köpfe der Bürger hinweg. Bei der Einrichtung eines Grossen Gemeinderates könnte sich das Volk über die politischen Parteien besser einbringen. Werner Erni (SP) begründete den Zeitpunkt der Motion mit der Revisionsbedürftigkeit der Adliswiler Gemeindeordnung und wies darauf hin, dass Adliswil bald 10000 Einwohner zähle.

Mit seinem Vorstoss hatte Hans Oprecht erreicht, dass die Gemeindeversammlung im Dezember 1959 ausserordentlich gut besucht war, allerdings in Mehrheit von Befürwortern der Versammlungsdemokratie. Die Motion wurde mit 327 gegen 103 Stimmen abgelehnt.¹⁰

Die Kernargumente der Befürworter eines Parlaments waren die mangelnde Repräsentation des Stimmvolks durch die geringen Teilnehmerzahlen an den Gemeindeversammlungen, ausserdem die Überforderung der Stimmberechtigten durch die Komplexität der Geschäfte und der Umfang der Aufgaben. Die Richtigkeit dieser Begründung zeigte sich auch in den folgenden Jahren immer wieder. Die Teilnehmerzahlen der Gemeindeversammlungen lagen selten über 200 Personen. Nur bei Geschäften, welche die Bürger direkt betrafen – wie beispielsweise die Erhöhung der Hundeabgabe am 24. Oktober 1972 – waren die Gemeindeversammlungen gut besucht (371 Stimmberechtigte, Adliswil zählte ca. 500 Hundehalter)¹¹. Werner Erni von der SP meinte sarkastisch, dass man in anderen Gemeindeversammlungen sonst nicht so viele Hundebesitzer sieht.

Auch die Überforderung der Gemeindeversammlung zeigte sich vermehrt. Bei der Teilrevision der Gemeindeordnung 1963 trug der Gemeinderat der Gemeindeversammlung eine Kompetenzübertragung betreffend die Schaffung und Aufhebung von Stellen bei der Gemeindeverwaltung an. Die Exekutive begründete ihren Vorschlag damit, dass «die Gemeindeversammlung die internen Personalbedürfnisse der sich ausweitenden Verwaltung gar nicht mehr zu beurteilen mag»¹².

Die schlechte Teilnahme der Stimmberechtigten an den Gemeindeversammlungen liess den Gemeinderat darüber nachdenken, wie hier Abhilfe geschaffen werden konnte. Im Vorfeld der fünf Gemeindeversammlungen im März und April 1971 über eine neue Bauordnung und Zonenplanung, die bereits oben erwähnt wurde, befand der Gemeinderat, «dass darüber nicht nur eine kleine Minderheit der Stimmbürgerschaft entscheiden darf, wie das sonst bei Gemeindeversammlungen der Fall ist»¹³. Es wurde deshalb beschlossen, mittels Hilfe von Plakaten und einer Ausstellung zur Bauordnung und Zonenplanung Werbung für diese wichtigen Gemeindeversammlungen zu machen. Der erhoffte Erfolg trat nur teilweise ein: die Versammlungen am 16. und am 22. März verzeichneten 350 bzw. 437 Stimmberechtigte, an den anderen drei Terminen lag sie zwischen 167 und 227¹⁴. Und selbst auf den beiden besser besuchten Versammlungen lag die Vertretung der Stimmberechtigten letztlich bei nur vier bis fünf Prozent¹⁵.

Stärkere Einbindung der politischen Parteien

Der lange Weg zur Einführung des Grossen Gemeinderates hatte, wie berichtet, mit der Motion von Hans Oprecht begonnen. Wies Erni 1959 noch darauf hin, dass Adliswil bald 10000 Einwohner haben würde, so erwartete der Gemeinderat in den sechziger Jahren mit Beginn der Visionen zu einem neuen Quartier *Jolieville* ein wesentlich stärkeres Wachstum. Die PTT ging in ihrer Planung von bis zu 35000 Einwohnern in Adliswil aus¹⁶.

Die Notwendigkeit, die Adliswiler Gemeindeordnung anzupassen, wie Werner Erni in der Gemeindeversammlung im Dezember 1959 festgestellt hatte, bestand weiterhin. Eine Voraussetzung dafür, dass die politischen Parteien in Adliswil hierbei zusammenarbeiteten, wurde mit der Aufnahme der SP in den Parteienkonvent 1962 hergestellt¹⁷.

In seiner Sitzung vom 16. Februar 1965 diskutierte der Gemeinderat, für diverse Aufgabenbereiche, so für ein Wohnungsbauprojekt, für die Dorfkernsanierung und für die Bereinigung der Gemeindeordnung, Fachkommissionen bestehend aus Personen der politischen Parteien zu bilden. Als Argument für die Fachkommissionen wurde im Protokoll festgehalten: «Die Verwaltung glaubt, dass damit der destruktiven Opposition die Spitze gebrochen werden kann.»¹⁸ Bedenken wurden geäussert, dass der Gemeinderat in den Kommissionen «in den ein oder anderen Fragen einer geschlossenen Opposition gegenüberstehen» kann. Nach einer zweiwöchigen Meinungsbildung fällte der Gemeinderat in seiner folgenden Sitzung am 2. März 1965 einen Beschluss. Darin hielt er fest: «Die politischen Parteien werden eingeladen, je einen geeigneten Vertreter in diese Kommissionen zu delegieren. Von Seiten des Gemeinderates werden pro Kommission zwei Delegierte bestimmt; diese Delegierte können entweder Mitglieder der Behörde sein oder eines davon kann der Gemeindeschreiber sein.»¹⁹

Die Mitglieder des Gemeinderates entschieden sich also dafür, durch Einbindung der politischen Parteien die politischen Geschäfte – Wohnungsbau, Dorfkernsanierung und Anpassung der Gemeindeordnung – abzusichern, um sie in der Gemeindeversammlung und an der Urne erfolgreich durchzubringen. In gewisser Weise wurde mit diesen Kommissionen ein Gemeindeparlament vorweggenommen, allerdings ohne eine Legitimation durch die Stimmberechtigten. Dieser Schritt war keine Ausnahme und unterstrich die zunehmende Diskrepanz zwischen den wachsenden Aufgaben der Gemeinde und der Entscheidungsfindung in den Gemeindeversammlungen, in denen Zufallsentscheide durch mangelnde Kenntnis der Geschäfte oder mittels geschickten Mobilisierens durch Interessengruppen die Politik lähmten.

Missachtung von Gemeindeversammlung und Stimmvolk

In einem Grundstücksgeschäft überzog der Gemeinderat in krasser Form seine Kompetenzen und umging bewusst die Rechte des Stimmvolks, um Nachteile für die Gemeinde zu vermeiden. Es ging dabei um die Sicherung eines Grundstückes, das für die Erweiterung des Gemeindehauses wichtig war. Das von der Verwaltung genutzte ehemalige Wohnhaus an der Zürichstrasse 13 war Anfang der fünfziger und noch einmal Anfang der sechziger Jahre vergrössert und mit dem dazugekauften Nachbarhaus Nr. 15 verbunden worden. Es stand für den Gemeinderat fest, dass der letzte Umbau nur eine vorübergehende Notlösung darstellte. Er war deshalb auf der

Suche nach einer dauerhafteren Lösung. Seit 1964 war man in Verhandlung mit dem Molkereiverband über den Kauf des Grundstücks an der Bahnhofbrücke (heute Ecke Zürichstrasse-Kronenstrasse). In Diskussion stand eine gemeinsame Nutzung eines neuen Gebäudes durch Molkerei und Gemeinde. Alternativ wurden ein Abriss des Schulhauses Brugg und Verwendung dieses Grundstücks für ein Gemeindehaus sowie der Erwerb eines Grundstückes an der Ecke Zürichstrasse-Tiefackerstrasse diskutiert. Für diese beiden Lösungen interessierte sich auch die PTT, die ihre Gebäude für die Briefpost und vor allem für die stark wachsende Telefonie dringend erweitern musste. Ausserdem verhandelte der Gemeinderat mit der SAPT AG um ein Grundstück beim Schulhaus Werd.



Das heutige „Stadthausareal“ in den sechziger Jahren – schon damals für ein Gemeindehaus in der Auswahl [Foto: Geschichtsverein Adliswil]

Die Pläne bezüglich des Molkereigeländes wurden im Oktober 1965 aufgegeben, weil die Servitute zugunsten des Molkereiverbandes und der Grundstückspreis nicht akzeptabel waren. Die Grundstücke an der Tiefackerstrasse und beim Schulhaus Werd lagen zu wenig zentral. Aus diesem Grund nutzte der Gemeinderat im August 1966 die sich bietende Gelegenheit und erwarb die Liegenschaften an der Zürichstrasse 5/7 und 9 mit den Restaurants «Frohburg» und «Frohsinn». Nun fehlte noch das Grundstück am Sihlquai 6, um ein ausreichend grosses Gelände für einen grosszügigen Verwaltungsneubau zu erhalten. Der Eigentümer Dr. Stocker, Chefarzt des Adliswiler Spitals, hatte gegenüber dem Gemeindepräsidenten die Bereitschaft erklärt, seine Liegenschaft an die Gemeinde abzutreten. Er verstarb im Sommer 1967, bevor er dies in die Tat umsetzen konnte. Der Gemeinderat verhandelte mit den Erben und beantragte in einer Abstimmung im Mai 1968 den Kauf der Liegenschaft, was von den Stimmbürgern aber deutlich abgelehnt wurde. In seiner Sitzung am 3. September 1968 beschloss der Gemeinderat unter Missachtung der Ablehnung an der Urne, einen Strohmännchen zu ermächtigen, die Liegenschaft Stocker zu kaufen. Voraussetzung sollte

die Zustimmung der Parteipräsidenten, die man vertraulich orientieren wollte, zu diesem Vorgehen sein. Die Parteipräsidenten stimmten zu, der Strohmänn erwarb das Grundstück für einen günstigen Preis und trat es an die Gemeinde ab.²⁰

Das Ringen um eine neue Gemeindeordnung

Angesichts der jahrelangen Bemühungen des Gemeinderates um eine Lösung für ein neues Verwaltungsgebäude war das geschilderte Vorgehen verständlich. Nachdem endlich eine gute Lösung gefunden war, blockierte das Stimmvolk sie aus finanziellen Gründen. Ohne Zweifel aber hatte die Exekutive ihre Kompetenzen überschritten und zu illegalen Mitteln gegriffen, um ihr Ziel zu verwirklichen – und das mit Unterstützung der Parteispitzen. An diesem Beispiel wird auch deutlich, dass der Gemeinderat zwar die politischen Akteure von seinem Vorhaben überzeugen konnte, nicht aber das Stimmvolk. Die Erkenntnis, dass man gezwungen war, die Stimmbürgerschaft bei der Entscheidung zum Kauf der Liegenschaft Dr. Stocker aussen vorzulassen, hat möglicherweise eine Rolle beim Meinungsumschwung in den bürgerlichen Parteien zur Einführung eines Parlaments gespielt.

In der Gemeinderatssitzung vom 30. März 1965 wurden die Kommissionmitglieder bestellt. Für die Kommission zur Bearbeitung der Gemeindeorganisation waren dies²¹:

Paul Amsler (LdU)
Gottfried Andrist (Präsident der RPK, EVP)
Dr. Hans Brack (Gemeinderat, FP)
Emil Egli (Gemeinderatsschreiber bis April 1966)
Karl Hotz (BGB)
W. Lippmann (SP)
Hans Minder (VFW)
Urs Parpan (FP)
Max Schäubli (CVP)
Paul Schmitt (Gemeinderat bis 1965, CVP).

Die Arbeiten an der Gemeindeordnung trugen zwei Jahre später erste Früchte. Eine Mehrheit der Parteien setzte sich für die Schaffung eines Parlaments ein. Anfang Dezember 1967 gelangte der Vorschlag zur Einrichtung eines Gemeindeparklaments in Adliswil zum ersten Mal in einer vom Gemeinderat angesetzten Konsultativabstimmung an die Urne. Gegen die Abschaffung der Versammlungsdemokratie sprach sich nur der BGB aus. Die EVP äusserte sich nicht zu dieser Frage, weil die Parteispitze gegen und die Mitglieder eher für ein Parlament waren.²² Bei einer Stimmbeteiligung von etwa 48 Prozent wurde die Einführung eines Parlaments mit 916 gegen 712 Stimmen abgelehnt.

Die Konsultativabstimmung diente dem Gemeinderat dazu abzuschätzen, wie weit die dem Volk vorzulegende Anpassung der Gemeindeordnung gehen könnte. Mitte Mai 1968 erhielt die Adliswiler Bevölkerung die Möglichkeit, über eine massvolle Änderung der Gemeindeordnung abzustimmen. Darin war unter anderem vorgesehen, dass die Bau- und die Werkkommission, die wegen des starken Wachstums von Adliswil an Bedeutung gewonnen hatten, in selbständige Kommissionen umgewandelt werden. Die Adliswiler lehnten auch die Änderung der Gemeindeordnung mit 1098 gegen 829 Stimmen ab.²³

Die Niederlage in der Konsultativabstimmung führte erst einmal zu einer Ernüchterung. Wenige Tage später erfolgte die Manöverkritik im Gemeinderat. Die Dringlichkeit der Anpassungen wurde bestätigt, aber die vorgängige Einbindung der politischen Parteien wurde als mangelhaft kritisiert. Man einigte sich darauf, dass «sich der Gemeinderat vorgängig die Unterstützung durch die Parteien sichern» muss. Eine überraschende Feststellung, hatte man doch neben der 1965 eingesetzten Fachkommission auch den Parteienkonvent als Partner. Offenbar war die Steuerung dieser beiden Gremien bisher wenig erfolgreich, so dass der Gemeinderat beschloss, «vorerst nicht den gesamten Parteienkonvent, sondern nur die Parteipräsidenten zu einer Besprechung mit einer Gemeinderätlichen Delegation ... einzuladen».²⁴

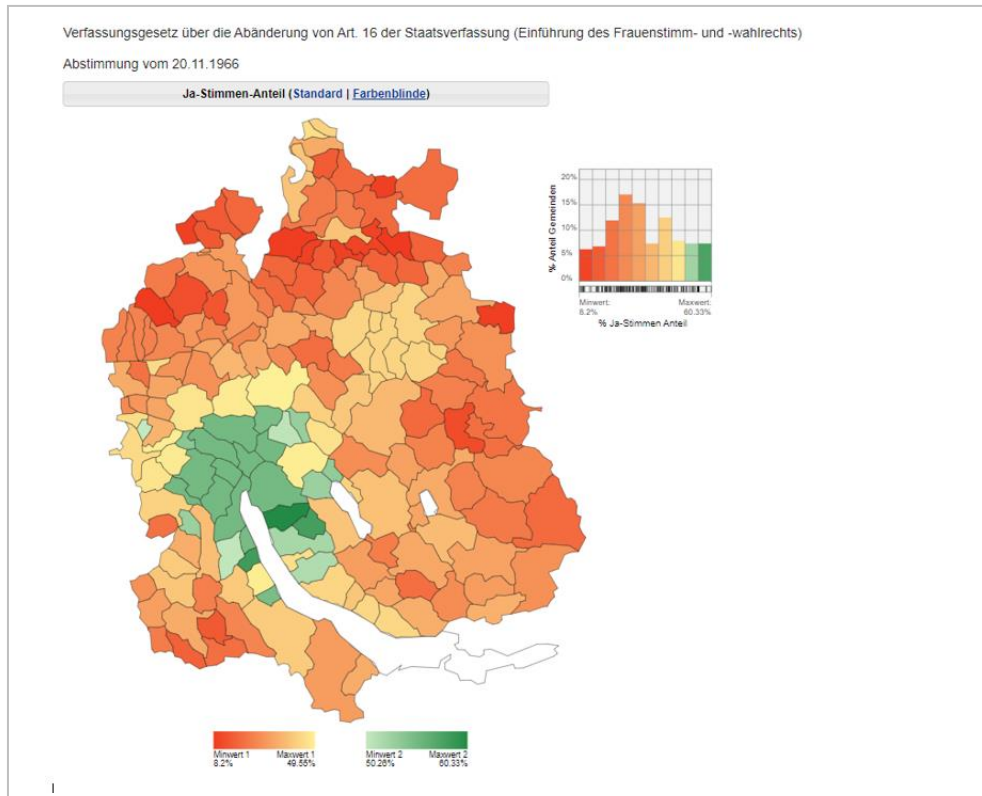
Am 19. Juni 1968 fand eine Besprechung zwischen einer Delegation des Gemeinderates und den Parteipräsidenten statt. Die Parteien legten einen gemeinsamen Änderungsvorschlag zum an der Urne gescheiterten Entwurf der Gemeindeordnung vor. Dieser Vorschlag fand die weitgehende Zustimmung des Gemeinderates, so dass die Parteipräsidenten ihn Mitte September 1968 schriftlich einreichten.²⁵ Der Gemeinderat nahm die Vorschläge teilweise an und vereinbarte mit den Parteipräsidenten am 25. November 1968 eine weitere gemeinsame Ausarbeitung. In dieser Besprechung sowie in einer Sitzung des Gemeinderates am 10. April 1969 interpretierte man das Ergebnis der Abstimmung vom Dezember 1967 als Auftrag, eine Revision der Gemeindeordnung mit Gemeindeversammlung auszuarbeiten. Man verständigte sich darauf, die gemeinsam von Gemeinderat und Parteipräsidenten ausgearbeitete Gemeindeordnung als «Kompromisslösung» auf dem Weg zu einem Parlamentssystem anzusehen. Sie sah eine Dezentralisierung der Verwaltung und Schmälerung der Kompetenzen des Gemeinderates zugunsten einer vermehrten Mitarbeit von Stimmbürgern in neun statt bisher fünf Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen vor. Unterstützt wurde die Gemeindeordnung von allen Parteien ausser der CVP. Auch dieser Entwurf scheiterte im September 1969 an der Urne.²⁶

Als in einem weiteren Anlauf dem Stimmbürger am 15. November 1970 eine Erhöhung der Finanzkompetenzen zugunsten der Exekutive vorgelegt wurde, wurde dies mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommen.²⁷

Bevölkerungszunahme und Frauenstimmrecht

Im Sommer 1972 hat die Einwohnerzahl Adliswils mit fast 17000 einen Stand erreicht, der erst vierzig Jahre später übertroffen werden sollte. Die Gemeindeversammlungen wiesen weiterhin Teilnehmerzahlen um 200 Stimmbürger auf. Parallel dazu setzte eine andere Entwicklung ein. Bereits im November 1966 nahmen die Adliswiler die Einführung des Frauenstimmrechts in Kantonsangelegenheiten mit 1070 gegen 1050 Stimmen an und war damit eine von 18 zustimmenden Gemeinden im Kanton.²⁸ Im März 1969 reichte Karl Aeschbach von der SP in einer Gemeindeversammlung eine schriftliche Anfrage an den Gemeinderat betreffend eine Abstimmung zum Frauenstimmrecht auf Gemeindeebene ein. Gemeindepräsident Paul Gysel (EVP) sprach sich in der Gemeinderatssitzung vom 25. März 1969 für eine Abstimmung aus. Der Freisinnige Hans Brack und der Sozialdemokrat Otto Achermann waren gegen eine gleichzeitige Abstimmung über das Frauenstimmrecht auf Kantons- und Gemeindeebene und plädierten für eine vorherige Konsultativabstimmung unter den Frauen. Sie waren ausserdem der Meinung, dass erst die Anpassung der

Gemeindeordnung durchgebracht werden müsse. Sie befürchteten, dass die Zustimmung der Bürger ansonsten gefährdet wäre. Achermann erklärte ausserdem, dass mit der Einführung des Frauenstimmrechts die Organisation mit einem Grossen Gemeinderat in Adliswil nicht mehr umgangen werden könnte. In der folgenden Sitzung des Gemeinderats am 10. April 1969 einigte man sich darauf, die Abstimmung über die Anpassung der Gemeindeordnung gleichzeitig mit der Abstimmung zum Frauenstimm- und -wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten durchzuführen.²⁹



Abstimmung über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in Kantonsangelegenheiten am 20.11.1966: Darstellung des Ergebnisses (grün: Mehrheit für das Frauenstimm- und -wahlrechts).

[Quelle: Abstimmungsarchiv | Kanton Zürich (zh.ch), abgerufen am 20.02.2024]

In der bereits erwähnten Abstimmung vom 14. September 1969, an der die von Gemeinderat und Parteipräsidenten erarbeitete Gemeindeordnung gebodigt wurde, stimmten die Adliswiler also auch über das Frauenstimmrecht in Gemeindeangelegenheiten ab. Sie nahmen es mit 1344 gegen 747 Stimmen an, zwei Monate bevor das Stimmrecht für Frauen auf Kantonsebene eingeführt wurde.³⁰ Auf die Teilnehmerzahlen der Gemeindeversammlungen hatte dies keine messbaren Auswirkungen. Aber auf der denkwürdigen Gemeindeversammlung zur Hundeabgabe im Oktober 1972 meldeten sich auch drei Frauen zu Wort. Mit der Verdoppelung der Zahl der Stimmbürger halbierte sich nun die prozentuale Beteiligung der Stimmberechtigten an den Gemeindeversammlungen.

Seit 1965 hatten die politischen Parteien im Austausch mit dem Gemeinderat an einer neuen Gemeindeordnung gearbeitet. Die vorsichtigen Anpassungen, die der Souverän an der Urne bewilligte, stellten jeweils nur minimale Schritte hin zu der grossen Revision

der Gemeindeordnung dar, welche dem Gemeinderat und zunehmend auch den Parteipräsidenten vorschwebte. Auch das Scheitern der Konsultativabstimmung zur Einführung eines Gemeindeparlaments Ende 1967 konnte an dem Fernziel eines Gros-



Erste Gemeindeversammlung in Adliswil nach der Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Zürich in der Ref. Kirche am 21. Oktober 1969 [Foto: Sihltaler v. 23.10.1969]

sen Gemeinderates nichts ändern. Mit der Einführung des Frauenstimmrechts 1969 beschleunigte sich die Entwicklung, die zunächst allerdings nur im Hintergrund stattfand.

Mittlerweile lag die Beteiligung an den Gemeindeversammlungen bei zwei bis drei Prozent, 1970 im Durchschnitt sogar nur bei 1,5 Prozent ³¹. Der Gemeinderat erkannte die folgenden Ursachen für diesen Missstand: ³²

- Als wichtigen Grund für die geringe Teilnahme an den Gemeindeversammlungen wurde der Aufwand für die gründliche Prüfung der Geschäfte genannt.
- Viele Adliswiler hielten die schlecht besuchten Gemeindeversammlungen nicht für sachgerecht und zeitgemäss, zumal kein Stellvertretungsrecht und keine vorzeitige schriftliche Stimmabgabe vorgesehen waren. Dadurch waren Kranke, Gebrechliche, Betagte, Mütter mit kleinen Kindern und Ortsabwesende in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte eingeschränkt.
- Aus Sicht des Gemeinderates genügte das Versammlungssystem mit in der Regel vier Terminen im Jahr nicht mehr den Anforderungen nach einer speditiven Behandlung der Geschäfte. Aus seiner Sicht müssten die Gemeindeversammlungen monatlich stattfinden. Ziel des Gemeinderates war es deshalb, bis 1974 eine Gemeindeordnung mit Parlamentssystem zu erreichen.

Anfang Mai 1971 beriet der Gemeinderat über einen neuen Entwurf der Fachkommission für die Gemeindeordnung. Dieser war bereits vom Gemeinderat bereinigt und im Februar 1971 an Schulpflege und Armenpflege zur Vernehmlassung weitergereicht worden. Der Gemeinderat beschloss eine Sondersitzung im Hotel «Ochsen» in Zug, um eine erste Lesung des Entwurfs der Fachkommission vorzunehmen.³³

In der Sondersitzung wurden verschiedene Fragen nochmals eingehend erörtert. Man war sich einig, dass die neue ausserordentliche Gemeindeorganisation alle Gemeindebereiche mit Ausnahme der kirchlichen Aufgaben umfassen sollte. Diskutiert wurde auch die zukünftige Bezeichnung des Parlaments und man entschied sich zu diesem Zeitpunkt noch für «Gemeinderat» und gegen «Grosser Gemeinderat».

Die 2. Lesung erfolgte an einer Sitzung am 7. Juli 1971 im «Belvoir» in Rüschlikon, eine weitere Lesung am 8. August 1971. Der Gemeinderat legte den Parteienkonvent im August 1972 seinen Entwurf für die neue Gemeindeordnung vor. Darin war die Verschmelzung von Politischer Gemeinde, Schulgemeinde, Schulpflege und Armenpflege vorgesehen. Das Parlament sollte nun doch «Grosser Gemeinderat» heissen und aus 36 Mitgliedern bestehen.³⁴ Dieser Entwurf ging nun in die Vernehmlassung durch die politischen Parteien. Der Parteienkonvent beriet den vom Gemeinderat vorgelegten Entwurf in vier Sitzungen. Er brachte einige Änderungen vor, ohne das Gesamtkonzept des Gemeinderates zu ändern.³⁵

Am 6. März 1973 legte der Gemeinderat einen Terminplan für die Abstimmung und die Einführung des Parlamentssystems fest. Demnach sollte die neue Gemeindeordnung am 23. September 1973 an die Urne kommen.³⁶ Die Arbeiten nahmen nun nochmals Fahrt auf. Ende März 1973 nahm der Gemeinderat Änderungsvorschläge der Parteien entgegen und billigte sie Anfang April grösstenteils. Es folgten Anfang Mai redaktionelle Änderungen und die Bereinigung einzelner Paragraphen und weitere Änderungsbegehren des Parteienkonvents aus einer zweiten Vernehmlassung.³⁷

«Tut um Gottes Willen etwas Tapferes!»³⁸

Nach den Sommerferien 1973 begann der Abstimmungskampf für die neue Gemeindeordnung. Nach aussen traten alle politischen Parteien für die Ja-Parole ein. FdP und CVP stimmten in Mitgliederversammlungen einstimmig für die Annahme der neuen Gemeindeordnung.³⁹ Bei den Parteispitzen kann man annehmen, dass sie hinter dem Parlamentssystem standen. Erich Huber vermutete jedoch, dass es innerhalb einiger Parteien weniger Begeisterung für Änderung des politischen Systems in der Gemeinde gab.⁴⁰ Während alle Parteien betonten, dass die demokratischen Rechte der einzelnen Bürger durch den Wechsel zu einem Parlamentssystem nicht geschmälert würden, meldeten sich kurz vor dem Abstimmungstermin anonyme «Demokraten» per Inserate zu Wort und warnten vor der «Entmündigung des Stimmbürgers».⁴¹ Die Befürworter der Gemeindeversammlung argumentierten mit einer stärkeren Belastung der Exekutivmitglieder, was zwangsläufig zum Vollamt der Stadträte führen müsse. Gemeindepräsident Dr. Brunner aus Thalwil verteidigte in einer freisinnigen Versammlung die schlechte Teilnahme an den Gemeindeversammlungen mit der Aussage: «Warum soll sich nicht auch einmal eine Minderheit – bedingt durch das Desinteresse der Mehrheit – an einer Gemeindeversammlung durchsetzen können?»⁴²



«Tut um Gottes Willen etwas Tapferes!» Appell des Gemeindepräsidenten Paul Gysel (EVP) auf einer Veranstaltung am 13. September 1973.
[Foto: *Sihltaler*, 09.01.1974]

Die Redaktion des *Sihltaler* mutmasste bereits Mitte September, dass die neue Gemeindeordnung angenommen würde – und behielt Recht. In seiner Ausgabe vom 24. September 1973 sprach der *Sihltaler* von einem «historischen Moment» und gab den Startschuss für die Wahlvorbereitungen zu den Gemeindewahlen Anfang 1974. Die letzte Gemeindeversammlung wurde auf den 12. Februar 1974 festgelegt. Am 4. Januar 1974 genehmigte der Regierungsrat die neue Adliswiler Gemeindeordnung.

Wahlfronten

Der Wahlkampf begann bereits einige Wochen nach der Abstimmung und konzentrierte sich vor allem auf die Wahlen zum Stadtrat, der mit der neuen Gemeindeordnung um zwei auf neun Sitze vergrössert wurde. Eröffnet wurde der Wahlkampf von der SP mit einem Eingesandt, in dem sie zwei Stadtratssitze für sich beanspruchte und neben dem bisherigen Otto Achermann zusätzlich Eugen Morell nominierte.⁴³ Als sich der Parteienkonvent zu seiner regulären Sitzung am 1. Dezember 1973 traf, stand fest, dass es für die neun Sitze zehn bis zwölf Kandidaten gab.⁴⁴ Unsicherheit über die Zahl der Kandidaturen bestand unter anderem, weil die FdP angekündigt hatte, möglicherweise noch eine dritte Kandidatur für den Stadtrat zu präsentieren, um angesichts «nicht überzeugenden Kandidaturen» der anderen Parteien dem Stimmbürger «eine wirkliche Wahl» zu ermöglichen. Diese Ansinnen stiess bei der Mehrheit der übrigen Parteien auf Ablehnung. Die SP sprach vom «Machthunger» der Freisinnigen.⁴⁵

Die FdP stellte schliesslich eine dritte Kandidatur zur Wahl: eine Frau. Christa Arnet war damit die einzige Stadtratskandidatin – ein gelungener Schachzug der Freisinnigen. Sie begründeten die dritte Kandidatur damit, dass man die Frau «endlich ganz ins Leben der Oeffentlichkeit» integrieren müsse, aber keinesfalls einen dritten Stadtratssitz beanspruche.⁴⁶ Harsch fielen die Kommentare der Konkurrenten aus, deren Kandidaten die FdP angriff. Das waren die SP mit Eugen Morell und der LdU mit Heinz Ryser. Schon früh war erkennbar, dass die bürgerlichen Parteien sich zusammentaten, um ihre bisherigen Sitze in der Exekutive mindestens zu halten.

Wahl des Gemeinderates Adliswil

Wahlvorschläge

Für die am 3. Februar 1974 stattfindende Wahl von 36 Mitgliedern des Gemeinderates der Stadt Adliswil für die Amtsperiode 1974/78 sind bei der Gemeindevorsteherschaft folgende gültige Wahlvorschläge eingereicht worden:

Liste 1 Landesring

1. Amster Paul, Versicherungs-Angestellter, Bahnhofstrasse 4
2. Amster Paul, Versicherungs-Angestellter, Bahnhofstrasse 4
3. Meier Werner, Kaufmann, Birkenstrasse 11
4. Meier Werner, Kaufmann, Birkenstrasse 11
5. Diebold John, Hochbaulehner, Zopfstrasse 10
6. Diebold John, Hochbaulehner, Zopfstrasse 10
7. Riner Peter, Schreinermeister, Zeltstrasse 73
8. Riner Peter, Schreinermeister, Zeltstrasse 73
9. Goetschel Piet, kaufm. Angestellter, Glärnischstrasse 22
10. Goetschel Piet, kaufm. Angestellter, Glärnischstrasse 22
11. Ruckstuhl Alfred, Architekt HTL, Schwarzenbergstrasse 1
12. Ruckstuhl Alfred, Architekt HTL, Schwarzenbergstrasse 1
13. Klee Alfred, Kaufmann, Kilchbergstrasse 36
14. Klee Alfred, Kaufmann, Kilchbergstrasse 36
15. Weigold Max, Werkstatthelfer, Rütlistrasse 24
16. Weigold Max, Werkstatthelfer, Rütlistrasse 24
17. Boog Ernst, Faktör, Haldenstrasse 11
18. Boog Ernst, Faktör, Haldenstrasse 11
19. Fehr Heinz, dipl. Tiefbautechniker ATZ, Relistenstrasse 15
20. Fehr Heinz, dipl. Tiefbautechniker ATZ, Relistenstrasse 15
21. Holzer Paul, Bürorevisor, Rebegg
22. Holzer Paul, Bürorevisor, Rebegg
23. Villm Rolf, Journalist BR, Haldenstrasse 25
24. Villm Rolf, Journalist BR, Haldenstrasse 25
25. Vontobel Werner, Redaktor, Relistenstrasse 18
26. Von File Elsbeth, Hausfrau, Zeltstrasse 3
27. Arnold Jürg, kaufm. Angestellter, Haldenstrasse 30
28. Schmidt Beatrice, Hausfrau, Zeltstrasse 33
29. Reinhard Edgar, Grafiker, Oberhuststrasse 18
30. Sprüngli Beatrice, Hausfrau, Zopfstrasse 8
31. Zellweger Max, Konstrukteur, Albisstrasse 96
32. Pappas Karl, Gartenarchitekt, Zopfstrasse 8
33. Laubacher Walter, Kaufmann, Rütlistrasse 30
34. Eisele Jean, Kaufmann, Feldblumenstrasse 88
35. Ryser Eva, Hausfrau, Relistenstrasse 18
36. Tischhauser Christian, Portier, Isengrund 6

Liste 2 Evangelische Volkspartei

1. Schoch Hans, Kaufmann, Hofackerstrasse 3
2. Schoch Hans, Kaufmann, Hofackerstrasse 3
3. Scheller Paul, Bankverwalter, Hofackerstrasse 8
4. Scheller Paul, Bankverwalter, Hofackerstrasse 8
5. Jäger Dr. Oskar, Bankprokurist, Felsenhofstrasse 1
6. Jäger Dr. Oskar, Bankprokurist, Felsenhofstrasse 1
7. Bach Jürg, Sekundarlehrer, Buttenaustasse 13
8. Bach Jürg, Sekundarlehrer, Buttenaustasse 13
9. Iseli-Rellstab Regula, Hausfrau/Sekretärin, Glärnischstrasse 14
10. Iseli-Rellstab Regula, Hausfrau/Sekretärin, Glärnischstrasse 14
11. Andrist Gottfried, Direktor, Feldblumenstrasse 88
12. Andrist Gottfried, Direktor, Feldblumenstrasse 88
13. Altherr Gottfried, Kreisleitendirektor, Asylweg 16
14. Altherr Gottfried, Kreisleitendirektor, Asylweg 16
15. Jucker Susanne, Drogistin, Lebernstrasse 27
16. Jucker Susanne, Drogistin, Lebernstrasse 27
17. Spörli Martin, Taubstummenlehrer, Zeltstrasse 160
18. Wunderli Eduard, Kaufmann, Feldweg 19
19. Dannecker Richard, Schreinermeister, Austrasse 17
20. Egger Heidi, Hausfrau, Tobelhof 5
21. Petersen Walter, Malermaler, August-Müller-Strasse 9
22. Gysel Reinhard, Prokurist, Zopfstrasse 2
23. Hauser Paul, Buchhändler, Buttenaustasse 18
24. Benkö-Stehli Esther, Sekretärin, Relistenstrasse 17
25. Kürsteiner Rolf, Betriebsleiter, Buttenaustasse 22
26. Rahn Dr. phil. Bernhard, Prof. Töchterchule, Pfeilenweid 2
27. Hug Samuel, kaufm. Angestellter, Kilchbergstrasse 12
28. Hersperger Esther, Hausfrau, Haldenstrasse 12
29. Mischler Otto, dipl. Buchhalter, Hofackerstrasse 1a
30. Ammann Max, Direktor, Albisstrasse 58
31. Wüger Heidi, Sekretärin, Lebernstrasse 13a
32. Schaub Ludwig, Missionsssekretär, Kirchstrasse 33
33. Kessler Robert, Buchhalter, Bürglistrasse 6
34. Joss Ernst, Angestellter, Soodstrasse 25
35. Born Hugo, Ing. Techn. HTL, Felsenhofstrasse 30
36. Westermann Herbert, Speditions-Chef, Escherweg 1

Liste 3 Sozialdemokraten und Gewerkschafter

1. Aeschbach Karl, publ. Mitarbeiter SBHV, Sihlmatten 3
2. Bertschi Elisabeth, Gewerbeschullehrerin, Büchelring 21
3. Külling Werner, Geschäftsführer Helvetas, Bodenacker 6
4. Weber Hans, Disponent, Tiefackerstrasse 8
5. Naef Victor, Student, Soodstrasse 62
6. Blümle Rosemarie, Journalistin, Kirchstrasse 3
7. Bibler Emil, Laborant, Tiefackerstrasse 10
8. Bühler Werner, Stationsvorstand, Bahnhof
9. Erni Werner, Kantonsrat, Asylweg 20
10. Keller Gottfried, Typograph, Soodstrasse 25
11. Peter Sigrid, Hausfrau/Sozialarbeiterin, Feldblumenstrasse 70
12. Ravalio Werther, Kaufmann, Finsterhölzstrasse 3
13. Kessler Urs, Buchhalter, Eggstrasse 18
14. Hoffenstein Max, Dr. med., Psychiater, Haldenstrasse 25
15. Zaugg Maria, Gewerkschaftssekretärin, Eggstrasse 17
16. Buff Jakob, Maurer, Bahnhof 16

17. Ogg Walter, Dreher, Feldweg 1
18. Boender Elsbeth, Hausfrau/Krankenschwester, Wannetenstr. 2
19. Zürcher Max, Instruktör Zivilschutz, Tobelhof 3
20. Felchlin Peter, Student, Eggstrasse 17
21. Urech Katharina, Hausfrau/kaufm. Angestellte, Albisstrasse 45
22. Böhl Hans, Maschinenschlosser, Albisstrasse 35
23. Ettler Peter, Gerichtsssekretär, Finsterhölzstrasse 17
24. Christoffel Daniel, Student, Sonnenrainstrasse 7
25. Grubenmann Bernhard, Betriebsfachmann, Neugutstrasse 17
26. Fehrer Hans, Zentralsekretär SBHV, Sihlmatten 1
27. Van de Weetering Brigitte, Gymnastiklehrerin, Sihlmatten 6
28. Aebischer Walter, Zimmermann, Werdstrasse 3
29. Bähler Felix, Student, Tiefackerstrasse 10
30. Macchi Battista, Gipser, Tiefackerstrasse 20
31. Grubenmann Leo, Klärmeister, Bahnweg 16
32. Schulz Max, Sekretär, Wachtstrasse 44
33. Schaffner Rudolf, Typograph, Wachtstrasse 44
34. Werder Gottfried, Lagerist, Eggstrasse 17
35. Peter Hans, Dr. iur., Professor, Haldenstrasse 16
36. Horber Walter, Schreiner, Isengrundstrasse 8

Liste 4 Republikanische Bewegung

1. Horath Erwin, Bautechniker, Lebernweg 2
2. Horath Erwin, Bautechniker, Lebernweg 2
3. Häberling Rolf, Treuhand-Kaufmann, Bürglistrasse 2
4. Häberling Rolf, Treuhand-Kaufmann, Bürglistrasse 2
5. Klüssli Egon, Grafiker, Haldenstrasse 30
6. Klüssli Egon, Grafiker, Haldenstrasse 30
7. Grünfelder Paul, Gerant, Zeltstrasse 78
8. Grünfelder Paul, Gerant, Zeltstrasse 78
9. Stalder Liselotte, Sekretärin, Zeltstrasse 47
10. Lang Walter, Zeichner, Leimbachstrasse 23
11. bis 36. leer

Liste 5 Freisinnig-demokratische Partei

1. Andres Manja, Krankenpflegerin, Büchelring 36
2. Arnet René, dipl. Bauleit., ETH, Neugutstrasse 6
3. Baensiger Jakob, Kaufmann, Escherweg 18
4. Binder Heinz, Redaktor BR, Rebegg 3
5. Brönnimann Hans-Rud. Ing. HTL, Baumturm, Relistenstr. 12
6. Froesch Klaus, Dr. iur., Subdirektor, Grütsstrasse 12
7. Geisler Otto T., Geschäftsführer, Riferstrasse 29
8. Greuter Mark, Dr. phil., Biologielehrer, Sonnenbergweg 16
9. Hasler Josef, Kaufmann, Battenstrasse 17
10. Hefti Walter, Dr. rer. pol., Direktor, Grütsstrasse 15
11. Herberberger Willy, lic. oec. HSG, Zeltstrasse 181
12. Hodel Kurt J., dipl. Arch. ETH, Soodstrasse 24a
13. Huber Eric, dipl. Bauleit. ETH, Escherweg 14
14. Huwiler Franziska, kaufm. Angestellte, Talstrasse 7
15. Kramer Robert, Augenoptiker, Birkenstrasse 3
16. Küng Alfred, Kaufmann, Riferstrasse 2
17. Landry Charles, dipl. Bauleit. ETH, Hofernweg 19
18. Merkli Ruedi, dipl. Arch. ETH, Birkenstrasse 11
19. Merz Otto, Pfarrer, Kirchstrasse 3
20. Oertli Hans, Handelslehrer KV Zürich, Felsenhofstrasse 15
21. Plüss Fritz, Dr. oec., Prokurist, Zeltstrasse 3
22. Rath Hans-Jürg, Dr. med. FMH für allgem. Medizin, Schürbachstrasse 10
23. Reiser Kurt, Versicherungs-Kaufmann, Prokurist, Bahnhofstr. 4
24. Roffler Leonhard, Architekt HTL, Prokurist, Sihlmatten 22
25. Sachs Georges, Versicherungs-Kaufmann, Prokurist, Zeltstr. 127
26. Schertenleib Jürg, Ing. HTL, Prokurist, Soodstrasse 47
27. Schneider Hans R., lic. oec., Unternehmensberater, Hofackerstrasse 14
28. Sidler Jürg, Kaufmann, Slegstrasse 18
29. Spirig Eugen, Dr. iur., Bezirksgerichtspräsident, Relistenstr. 11
30. Stadelmann Ruth, Primarlehrerin, Buttenaustasse 16
31. Steiner Roland, Versicherungs-Kaufmann, Eggstrasse 8
32. Huwiler Walter, Buchhalter, Haldenstrasse 30
33. Wäpfl Heidi, Gräfinstrasse 14
34. Weidmann Werner, Architekt HTL, Oberhölzstrasse 15
35. Zubler Rudolf, Bauleit., HTL, Zeltstrasse 153
36. Zwicky Bernhard, eidg. dipl. Buchhalter, Prokurist, Tobelhof 10

Liste 6 Vereinigung Freier Wähler

1. Minder Hans, Verkaufsleiter, Zeltstrasse 125
2. Minder Hans, Verkaufsleiter, Zeltstrasse 125
3. Pavoni Nazario, Dr. sc. nat., Geologe, Hofernweg 15
4. Pavoni Nazario, Dr. sc. nat., Geologe, Hofernweg 15
5. Freytag Erwin, Bauleiter Kreislat.-Direktion, Gatalderweg 3
6. Freytag Erwin, Bauleiter Kreislat.-Direktion, Gatalderweg 3
7. Gasser Heinz, Chemonteur, Gatalderweg 4
8. Gasser Heinz, Chemonteur, Gatalderweg 4
9. Huwiler Walter, Buchhalter, Haldenstrasse 30
10. Huwiler Walter, Buchhalter, Haldenstrasse 30
11. Schaffner Arthur, Tiefbautechniker, Sänststrasse 19
12. Schaffner Arthur, Tiefbautechniker, Sänststrasse 19
13. Slegler Walter, Kaufmann, Leimbachstrasse 32
14. Slegler Walter, Kaufmann, Leimbachstrasse 32
15. Zumbrennen Urs P., Systemanalytiker EDV, Soodstrasse 64
16. Zumbrennen Urs P., Systemanalytiker EDV, Soodstrasse 64
17. bis 36. leer

Liste 7 SVP/BGB-Mittelstandspartei

1. Hunziker Rudolf, Det. Wm. Kripo Kant. Polizei, Wachtstrasse 13
2. Hunziker Rudolf, Det. Wm. Kripo Kant. Polizei, Wachtstrasse 13
3. Simmen-Schuppli Myrtha, Buchhalterin, Lebernstrasse 19
4. Simmen-Schuppli Myrtha, Buchhalterin, Lebernstrasse 19
5. Eberhard Paul, Geschäftsführer, Baumgartenweg 2
6. Eberhard Paul, Geschäftsführer, Baumgartenweg 2
7. Wagner Peter, eidg. dipl. Buchhalter, Büchelring 15
8. Wagner Peter, eidg. dipl. Buchhalter, Büchelring 15
9. Corti-Wehrle Gret, Hausfrau, Waldstrasse 30
10. Corti-Wehrle Gret, Hausfrau, Waldstrasse 30
11. Baer Gottlieb, Geschäftsführer, Werdstrasse 11
12. Baer Gottlieb, Geschäftsführer, Werdstrasse 11
13. Hug Alfred, Betriebsleiter, Weberstrasse 2
14. Hug Alfred, Betriebsleiter, Weberstrasse 2
15. Tanner Hans, Florist, Soodstrasse 41
16. Tanner Hans, Florist, Soodstrasse 41
17. Schmitz Jakob, Landwirt, Soodstrasse 46
18. Zangger Margrit, Innendekorateurin, Hofernweg 4
19. Honegger Leo, Einkäufer, Albisstrasse 45
20. Lipe Hans-Rudolf, Elektro-Ing. Techn. HTL, Haldenstrasse 17
21. Schmid-Ruedi Eliane, Hausfrau, Haldenstrasse 32
22. Näf Werner, Installateur, Aueweg 1
23. Zbinden Verena, Werbeleiterin, Zeltstrasse 61
24. Frei Edwin, Vertreter, Isengrundstrasse 10
25. Maurer Robert, Architekt, Zeltstrasse 12
26. Frey Willy, Ventilationstechniker, Wannenenstrasse 5
27. Sahli Emil, dipl. Autoklärmeister, Schwarzenbergstrasse 8
28. Fritschl Heinz, Carrosserespengler, Bübnstrasse 2
29. Kanner Jules, Autofahrerlehrer, Soodstrasse 77
30. Widmer Hermann, dipl. Kaminfegermeister, Kanalweg 2
31. Engel Eugen, Spenglermeister, Kilchbergstrasse 36
32. Peter Jakob, Bäckermeister, Wachtstrasse 32
33. Sulser Ernst, Det. Wm. Kant. Polizei, Buttenaustasse 19
34. Carenini Erminio, dipl. Architekt SIA, Schürbachstrasse 9
35. Giger Hans, Konstrukteur, Glärnischstrasse 8
36. Pesavento Leonardo, Reprograf, Büchelring 19

Liste 8 Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)

1. Chiarini Nello, Sekretär, Tobelhof 1
2. Chiarini Nello, Sekretär, Tobelhof 1
3. Kraft Erich, Dr. iur., Rechtsanwalt, Schwarzenbergstrasse 3
4. Kraft Erich, Dr. iur., Rechtsanwalt, Schwarzenbergstrasse 3
5. Landolt Fridolin, Dr. med., prakt. Arzt FMH, Kilchbergstr. 34
6. Landolt Fridolin, Dr. med., prakt. Arzt FMH, Kilchbergstr. 34
7. Ruckstuhl Alois, eidg. dipl. Elektroninstallateur, Krebsbachweg 6
8. Ruckstuhl Alois, eidg. dipl. Elektroninstallateur, Krebsbachweg 6
9. Selegner Robert, Gartenarchitekt BSG, Im Grüt
10. Selegner Robert, Gartenarchitekt BSG, Im Grüt
11. Zerouali Hedwig, Sekretärin, Lebernstrasse 7
12. Zerouali Hedwig, Sekretärin, Lebernstrasse 7
13. Bassa Cécile, Hausfrau, Thalgasse 7
14. Beuret Gregor, Dr. oec., Volkswirtschaftler, Pfeilenweid 1
15. Chastonay Elisabeth, Hausfrau, Albisstrasse 45
16. Disler Gottfried, Hauswart, Feldweg 19
17. Dumoulin Clément, Elektromonteur, Tiefackerstrasse 31
18. Durler Franz, Disponent, Wachtstrasse 19
19. Engelmann René, Abteilungsleiter, Albisstrasse 4
20. Geisler Max, Schriftsetzer, Isengrund 8
21. Guhlmann Erwin, Versicherungsangestellter, Haldenstrasse 11
22. Hofstetter Albert, dipl. Kellermeister, Tiefackerstrasse 10
23. Küttel Josef, Verwalter, Albisstrasse 15
24. Marschik Peter, kaufm. Angestellter, Haldenstrasse 31
25. Moll Gustav, Bankdirektor, Sänststrasse 16
26. Morosoli Susanne, Hausfrau, Riferstrasse 9
27. Näf Kurt, Bankprokurist, Tobelhof 7
28. Pfister Max, Bankprokurist, Zopfstrasse 4
29. Schmid Emil, Sigrist, Zürcherstrasse 24
30. Schmid Kurt, Speditionschef, Haldenstrasse 9
31. Schönenberger Karl, Möbelschreiner, Feldweg 4
32. Scheininger Ludwig, kaufm. Angestellter, Haldenstrasse 34
33. Stehle Hans-Peter, Hochbaulehner, Sonnenrainstrasse 3
34. Weber Sergio, Sanitär-Chefmonteur, Büchelring 26
35. Willi Albert, Bildhauer, Hofackerstrasse 1b
36. Zbinden Alfons, Ing. HTL, Finsterhölzstrasse 3

Listenverbindung

Die Vertreter der nachgenannten Parteilisten haben gemäss § 91 des kant. Wahlgesetzes die Erklärung abgegeben, dass ihre Listen miteinander verbunden sind:

Liste 2 Evangelische Volkspartei (EVP)

Liste 5 Freisinnig-demokratische Partei (FdP)

Liste 7 Schweizerische Volkspartei / BGB-Mittelstandspartei (SVP/BGB)

Liste 8 Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)

Die Gruppe dieser vier miteinander verbundenen Listen gilt demnach bei der Verteilung der Mandate gegenüber den anderen Listen als eine einzige Liste. Die Wahlvorschläge und die Listenverbindungs-Erklärung liegen bei der Gemeinderatskanzlei (Büro 5) zur Einsichtnahme durch die Stimmberechtigten auf.

8134 Adliswil, 17. Januar 1974

Wahlvorsteherchaft Adliswil

Der Präsident: P. Gysel

Der Generalsekretär: H. Gysel

Dieses Ziel war, wenn man sich an den Ergebnissen der Nationalratswahlen vom Herbst 1971 orientierte, gefährdet. Insbesondere die EVP und SVP/BGB, beide bisher mit je zwei Mitglieder in der Exekutive vertreten, waren deutlich überrepräsentiert.⁴⁷ Im Laufe des Januar 1974 wurde dann klar, dass die FdP, EVP, SVP/BGB und CVP für die Gemeinderatswahlen eine Listenverbindung eingegangen waren und im Stadtratswahlkampf jeweils die Kandidaten ihrer Verbündeten empfahlen. Der Sozialdemokrat Otto Achermann, seit 1965 Mitglied der Exekutive, wurde von den meisten Bürgerlichen ebenfalls empfohlen.

Der Kandidat des LdU, Heinz Ryser, versuchte in den letzten Wochen vor der Wahl noch vergeblich, mit der FdP eine Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung der Kandidaten auszuhandeln.⁴⁸

Die Aufstellung der Listen für die Wahl zum Grossen Gemeinderat benötigte bei den meisten Parteien einige Wochen mehr. Die Parteien waren bemüht, für alle zu besetzenden 36 Sitze Kandidaturen zu bieten. Nur die FdP und SP präsentierten Kandidatenlisten ohne Kumulierungen. Der Landesring gab bekannt, dass er auch «fähige Kandidaten ohne Parteibuch» auf der Liste habe.⁴⁹

In einem Textbeitrag zum neuen Jahr formulierte der Gemeindepräsident Paul Gysel die Erwartung, dass in den kommenden Wochen «ein lebhafter und hoffentlich fairer Wahlkampf um die Stadtrats- und Parlamentssitze» ausbrechen wird.⁵⁰ Dies traf jedoch nur auf die Stadtratswahl zu, die offenbar die gesamte Aufmerksamkeit der Redaktion des *Sihltaler* und der Parteiprääsidenten beanspruchte. Die eingesandten Textbeiträge beschäftigten sich fast ausschliesslich mit den Kandidaturen für den Stadtrat, die Listen für die Gemeinderatswahl wurden bei der Publikation durch die Parteien im Dezember 1973 kurz erwähnt. In der heissen Phase des Wahlkampfs spielten sie keine Rolle. Das Parlament war etwas Neues und musste erst im Bewusstsein der Politiker und Wahlberechtigten ankommen.

Am Abend des 3. Februar stand das Ergebnis der Gemeindewahlen fest. Im Stadtrat konnten die bürgerlichen Parteien ihre Mehrheit bewahren. FdP erhielt neu drei Sitze, BGB und EVP erhielten je zwei Sitze, CVP und SP je einen Sitz. Der bisherige Gemeindepräsident Paul Gysel (EVP) wurde zum ersten Stadtpräsidenten gewählt. Mit Christa Arnet (FdP) zog die erste Frau in die Adliswiler Exekutive ein. Das Wahlergebnis für den Grossen Gemeinderat wies die SP als stärkste Kraft aus.⁵¹

Partei	Wählerstimmen	Parlamentssitze
SP	31190	7
FdP	26202	7
SVP/BGB	22334	6
CVP	21772	5
EVP	20507	5
LdU	14531	3
VFW	9745	2
Rep	7799	1

Der erste Grosse Gemeinderat konstituiert sich

Auch vom Parteienkonvent, dessen wichtigste Aufgabe die Vorbereitung der Gemeindeversammlungen war, musste sich Adliswil nun verabschieden. Seine letzte Sitzung führte er gleich am Tag nach den Wahlen, am 4. Februar 1974, durch. Die letzte Gemeindeversammlung fand am 12. Februar 1974 im Sunne-Saal mit 270 Teilnehmenden statt.⁵² Als eine der letzten Amtshandlungen verabschiedete der alte Gemeinderat am 22. Februar 1974 einen Entwurf für die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates, den die Verwaltung in Anlehnung an die bestehenden Geschäftsordnungen in Zürich, Winterthur, Dietikon und Kloten erstellt hatte.⁵³ Anfang März 1974 konstituierte sich der Stadtrat und lud am 6. März die Interfraktionelle Konferenz (IFK) zu ihrer konstituierenden Sitzung ein. Am 15. März 1974 konnte die IFK ihre Wahlvorschläge für die Besetzung des Präsidiums und der Kommissionen vorlegen.⁵⁴



Prof. Hans Peter (SP), erster
Gemeinderatspräsident in Adliswil
(1974/75) [Foto: Sozialarchiv, Ar 450.20.1]

Am 22. März 1974 eröffnete Stadtpräsident Paul Gysel (EVP) mit einer Festansprache die konstituierende Sitzung des Grossen Gemeinderates im Sunne-Saal. Er sah die Aufgabe des Parlaments angesichts der Tatsache, dass keine Partei eine Mehrheit erringen konnte, in der Erarbeitung von Kompromissen, «eine oft zäh erarbeitete Verständigung und nicht schwächliche Nachgiebigkeit - er bedeutet eine Lösung im Bereich der vorhandenen und politischen Möglichkeiten».⁵⁵



Stadtpräsident Paul Gysel gratuliert dem Gemeinderatspräsidenten Prof. Hans Peter zur Wahl
[Foto Jacques Ritz, StAA]

Als Partei mit dem besten Wahlergebnis hatte die SP den unbestrittenen Anspruch auf den Sitz des Ratspräsidenten.⁵⁶ Karl Aeschbach (SP) schlug den Sozialdemokraten Prof. Hans Peter vor, der dann einstimmig gewählt wurde. In seiner Antrittsrede versuchte er, eine Brücke von der bisherigen Gemeindeversammlung zum Grossen Gemeinderat zu schlagen: «Der Sinn der neuen Gemeindeorganisation kann ja nicht darin bestehen, dass 36 mehr oder weniger zufällig Gewählte unter Aufopferung oft ihrer letzten Arbeitskraft die öffentlichen Angelegenheiten besorgen, während die Mehrheit der Bevölkerung politische teilnahmslos dahinlebt. Wir alle, Stadtrat und Gemeinderat, brauchen für unsere Arbeit die Anregungen, die nur aus einer politisch lebendigen, aufgeschlossenen Gemeinde kommen können.»⁵⁷

Die Sitzordnung des Rates

Mit dem Rücken zur Bühne auf einem Podium sitzt der Ratspräsident, flankiert zu seiner Rechten von den beiden Vizepräsidenten und zur Linken von den beiden Sekretären. Eine Stufe tiefer auf «normaler» Ebene, ebenfalls mit Front zum Rat, ist der Stadtrat platziert. Am linken Flügel des Gemeinderates teilen sich in zwei Tischreihen die Fraktionen der SP, des LdU und der VFW. An den Mitteltischen sind die EVP, die SVP/BGB und der Vertreter der RB zu finden. Am rechten Flügel vereint sind FdP und CVP.
(*Sihltaler* v. 25.03.1974)

Auf Vorschlag der IFK wurden zum 1. Vizepräsidenten Dr. Klaus Froesch (FdP) und zum 2. Vizepräsidenten Paul Eberhard (SVP/BGB) gewählt. Die drei vorgeschlagenen Ratssekretäre wurden bestätigt. Ausserdem wurde als Sitzungstag der erste Mittwoch eines Monats bestimmt. Dieser Sitzungstag besteht mit wenigen Ausnahmen seit nunmehr fünfzig Jahren.



Das Ratspräsidium (hintere Reihe von links): 2. Vizepräsident Paul Eberhard (BGB), 1. Vizepräsident Dr. Klaus Froesch (FdP), Präsident Prof. Hans Peter (SP). In der Reihe davor Mitglieder des Stadtrates (von links): Christa Arnet (FdP), Eric Wanner (FdP), Otto Achermann (SP). *[Foto Jacques Ritz, StAA]*

Anmerkungen

¹ Andreas Ladner, Gemeindeversammlung und Gemeindeparlament; Überlegungen und empirische Befunde zur Ausgestaltung der Legislativfunktion in den Schweizer Gemeinden, Lausanne 2016, S. 4 (nachfolgend zitiert als *Ladner*)

² Gemeindegesetz Kantons Zürich 1926, § 88a [[https://archives-quickaccess.ch/stazh/os/ref/OS+43+\(S.+345-350\)](https://archives-quickaccess.ch/stazh/os/ref/OS+43+(S.+345-350))] - abgerufen am 01.08.2023]

³ Ladner, S. 64

⁴ Ebd S. 70; Horgen hatte in den zwanziger Jahren für kurze Zeit ein Parlament.

⁵ Ebd S. 69

⁶ Im gleichen Jahr wie Adliswil haben auch Bülach, Dübendorf, Illnau-Effretikon, Opfikon, Schlieren und Wädenswil Parlamente eingeführt (vgl. die Webseiten der angegebenen Gemeinden).

⁷ Karl Aeschbach, Adliswil im Umbruch: die neue Gemeindeordnung und das neue Ortszentrum; in: Jochen Hesse, Monika Kuss, Wolfgang Liedtke (Hg), 100 Jahre SP Adliswil. Die politische Emanzipation der Sozialdemokraten 1906 bis 2006, Adliswil 2006, S. 69. Die SP wurde erst 1962 in den Parteienkonvent aufgenommen (Huber, S. 73).

⁸ Protokoll d. GVers. 1970-1972, StAA, B3.51.8

⁹ Erich Huber (Hg), Freie Wähler Adliswil 1930-2006, Adliswil 1/2014, S. 64 (nachfolgend zitiert als *Huber*); Prot. d. GVers. v. 11.12.1959, StAA, B3.51.6; die Protokolle der SP Adliswil aus dem Jahr 1959 fehlen leider komplett (SozAr, Ar450)

¹⁰ StAA ebd

¹¹ Prot. d. GVers. v. 24.10.1972, StAA B3.51.8

¹² Prot. d. GR v. 14.02.1963, GeschNo 79, StAA B3.52.21

¹³ Prot. d. GR v. 02.02.1971, GeschNo 59, StAA B3.52.23

¹⁴ Prot. d. GVers. im März/April 1971, StAA B3.51.8

¹⁵ Die Zahl der Stimmberechtigten lag 1971 bei ca. 8600 (Prot. d. GR v. 24.05.1971, StAA B3.52.23).

¹⁶ Prot. d. GR v. 22.09.1964, StAA B3.52.21

¹⁷ Huber, S. 73

¹⁸ Prot. d. GR v. 16.02.1965, GeschNo 108, StAA B3.52.21

¹⁹ Prot. d. Gr. V. 03.02.1965, GeschNo 120, ebd

²⁰ Die geschilderte Entwicklung um die Frage des neuen Standorts für die Gemeindeverwaltung lässt sich in den Protokollen des GR aus dem Zeitraum 1964 bis 1968 entnehmen (StAA B3.52.21); ausserdem auszugsweise nachzulesen bei Huber, S. 83ff, u. Prot. d. Monatsversammlung der SP Adliswil v. 12.09.1968, SozAr 450.10.17.

²¹ Prot. d. GR v. 30.03.1965, GeschNo 192, ebd. Der Arbeitsplan der Kommission wurde am 13.04.1965 vom Gemeinderat gebilligt (Prot. v. 13.04.1965, GeschNo 218, ebd).

²² Huber, S. 82. Laut Karl Aeschbach waren vor allem die SP, der LdU und die FDP für die Schaffung eines Gemeindeparlaments interessiert (Interview mit Karl Aeschbach am 9.11.2023).

²³ Ebd, S. 84

²⁴ Prot. d. GR v. 24.05.1968, GeschNo 392, StAA B3.52.21

²⁵ Prot. d. GR v. 05.11.1968, GeschNo 794, ebd

²⁶ Huber, S. 87

²⁷ Ebd, S. 90

²⁸ Prot. d. GVers. v. 18.04.1969, StAA B3.51.7; Weisung zu Abstimmung über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts am 14.09.1969, StAA B3.52.21; Abstimmungsarchiv Abstimmungsarchiv | Kanton Zürich (zh.ch) (abgerufen am 20.02.2024)

²⁹ Prot. d. GR v. 25.03.1969 u. v. 10.04.1969, StAA B3.52.21

³⁰ Ebd, S. 87

³¹ Prot. d. GR v. 24.05.1971, StAA B3.52.23

³² Ebd

³³ Prot. d. GR v. 04.05.1971, ebd

³⁴ Huber, S. 95

³⁵ Ebd, S. 96; ausserdem Prot. d. Monatsversammlung der SP Adliswil v. 21.11.1972, SozAr, Ar450.10.17

³⁶ Prot. d. GR v. 06.03.1973, StAA B3.52.23

³⁷ Prot. d. GR aus 1972 und 1973, ebd

-
- ³⁸ Appell des Gemeindepräsidenten Paul Gysel für die Annahme der neuen Gemeindeordnung auf einer Orientierungsveranstaltung von Gemeinderat und Schulpflege (eigentlich ein Zitat von Ulrich Zwingli) am 13.09.1973, Sihltaler v. 17.09.1973.
- ³⁹ Gemäss Beiträgen v. FDP und CVP im Sihltaler v. 03.09.1973.
- ⁴⁰ Huber, S. 96
- ⁴¹ Ebd
- ⁴² Gemäss Eingesandt der FDP im Sihltaler v. 03.09.1973.
- ⁴³ Sihltaler v. 14.11.1973
- ⁴⁴ Sihltaler v. 03.12.1973
- ⁴⁵ Sihltaler v. 07.12.1973
- ⁴⁶ Eingesandt von K. Froesch, Sihltaler v. 12.12.1973.
- ⁴⁷ Der BGB hatte in Adliswil 6,4 %, die EVP 9,4 % erreicht. Die stärkste Partei war bei den Wahlen 1971 der LdU mit 21,1 % (Huber, S. 95).
- ⁴⁸ So behauptete zumindest Karl Froesch, Präsident der FdP, unwidersprochen in einem Eingesandt im Sihltaler v. 01.02.1974.
- ⁴⁹ Sihltaler v. 12.12.1973
- ⁵⁰ Sihltaler v. 09.01.1974
- ⁵¹ Sihltaler v. 04.02.1974
- ⁵² Laut Protokoll wurde diese Gemeindeversammlung von Herrn Van Weetering (Mitglied der SP Adliswil) gefilmt. Der Film scheint jedoch verschollen zu sein.
- ⁵³ Prot. d. GR v. 22.02.1974, GeschNo 173; StAA B3.53.1
- ⁵⁴ Prot. d. GGR v. 22.03.1974, StAA B3.54.1
- ⁵⁵ Ebd
- ⁵⁶ Laut Aussage von Karl Aeschbach, Interview am 9.11.2023.
- ⁵⁷ Ebd

Verzeichnis der Abkürzungen

BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, nannte sich in Adliswil ab 1967 BGB-Mittelstandspartei, ab 1973 SVP/BGB, ab ca. 1980 SVP.
CSP	Christlich-soziale Partei
CVP	Christliche Volkspartei
ebd	ebendort
EVP	Evangelische Volkspartei
FP	Freisinnige Partei
FdP	Freisinnig-demokratische Partei
GeschNo	Geschäftsnummer
GR	Gemeinderat (Exekutive)
GGR	Grosser Gemeinderat (Legislative)
GVers.	Gemeindeversammlung
GG ZH	Gemeindegesetz des Kanton Zürich
Hg	Herausgeber
IFK	Interfraktionelle Konferenz
LdU	Landesring der Unabhängigen
Prot.	Protokoll
RB oder Rep	Republikanische Bewegung (politische Partei, spätere Bezeichnung «Schweizer Demokraten»)
SAPT AG	Societe anonyme de Produit, Textil AG
SozAr	Sozialarchiv Zürich
SP	Sozialdemokratische Partei
StAA	Stadtarchiv Adliswil
SVP	Schweizerische Volkspartei
VFW	Vereinigung Freier Wähler

Quellen

Stadtarchiv Adliswil (StAA):

- B3.51.6: Protokoll der Gemeindeversammlung 1950-1959
- B3.51.7: Protokoll der Gemeindeversammlung 1960-1969
- B3.51.8: Protokoll der Gemeindeversammlung 1970-1972
- B3.52.18: Protokoll des Gemeinderats 1950-1959
- B3.52.19: Protokoll des Gemeinderats 1960-1961
- B3.52.20: Protokoll des Gemeinderats 1962
- B3.52.21: Protokoll des Gemeinderats (1963-1969)
- B3.52.22: Protokoll des Gemeinderats (1970)
- B3.52.23: Protokoll des Gemeinderats (1971-1973)
- B3.53.1: Protokoll des Stadtrats (1974)
- B3.54.1: Protokoll des Grossen Gemeinderats (1974-1980)
- B3.56.1: Protokoll Büro Gemeinderat (1974-1982)

Sozialarchiv Zürich (SozAr):

- Ar 450.10.6, SP Adliswil 1948-1965, Protokolle Monatsversammlung, GV, Vorstand 1948-1965
- Ar 450.10.17, SP Adliswil 1968-1997, Protokolle 1968-1997
- Ar 450.10.18, SP Adliswil 1968-2004, Jahresberichte 1968-2004
- Ar 450.20.1, SP Adliswil Publikationen
- Ar 174.10.01, Vorlass Karl Aeschbach

Sihltaler (div. Ausgaben aus 1973 und 1974, Geschichtsverein Adliswil)

Literatur:

- Erich Huber (Hg), Freie Wähler Adliswil 1930-2006, Adliswil 1/2014
- Andreas Ladner, Gemeindeversammlung und Gemeindeparlament; Überlegungen und empirische Befunde zur Ausgestaltung der Legislativfunktion in den Schweizer Gemeinden, Lausanne 2016
- Karl Aeschbach, Adliswil im Umbruch: Die neue Gemeindeordnung und das neue Ortszentrum; in: Jochen Hesse, Monika Kuss, Wolfgang Liedtke (Hg), 100 Jahre SP Adliswil. Die politische Emanzipation der Sozialdemokraten 1906 bis 2006, Adliswil 2006, S. 69-74

Interview mit Zeitzeugen:

- Karl Aeschbach, Präsident SP Adliswil 1967-1972, Gemeinderat 1974-1982, am 09.11.2023
- Werner Külling, Präsident SP Adliswil 1975-1979, Gemeinderat 1977-1993, Telefonat am 04.01.2024